

Bericht über Antikommunistische Studentenkonferenz in Kairo

15. September 1959

Information Nr. 663/59 über Teilnahme arabischer Studenten aus der DDR und anderen sozialistischen Ländern an einer antikommunistischen Studentenkonferenz in Kairo

Quelle

BArch, MfS, HV A 185, Bl. 64–66 (4. Expl., siehe Vermerk).

Serie

Informationen.

Verteiler

Kein Nachweis für externe Verteilung – MfS: Beater, Sekretariat, Abt. III, Ablage.

Vermerk

handschriftlich im Dokumentenkopf »Siehe auch Inf. 673«; handschriftliche Korrektur des Exemplars aus »5«; im Verteiler handschriftlich gestrichen »Akte B (nicht lesbar)«.

Bemerkungen

Die vorliegende Information stimmt inhaltlich und sprachlich im Wesentlichen mit der Information 673/59 überein. Vermutlich war die Information 663/59 der ursprüngliche Bericht, der nach Überarbeitung als Information 673/59 verteilt wurde. Handschriftliche Streichungen, Korrekturen und Anmerkungen (siehe Fußnoten).

Verweise

Informationen [673/59](#) und [689/59](#).

Nach dem Bericht einer vertrauenswürdigen Quelle hat die Regierung der Vereinigten Arabischen Republik die in der DDR und in anderen sozialistischen Ländern studierenden Araber während der Semesterferien, Anfang Juli 1959, zur Teilnahme an einer Studentenkonferenz nach Kairo eingeladen.

Diese sogenannte Kulturkonferenz, die vom Kultusminister der VAR geleitet wurde und unter Ausschluss der Presse stattfand, hatte vertraulichen Charakter. Nach einer Konferenzpause, in der die syrischen Studenten zur Berichterstattung nach Syrien reisten, wurde die Tagung Anfang August beendet.

An der Konferenz nahmen nur einige arabische Studenten aus der DDR teil, darunter diejenigen, die von der Regierung der VAR zum Studium delegiert wurden. Auf der Konferenz wurden Vorträge u. a. über folgende Themen gehalten:

- »Die arabische Nation«
- »Die wirtschaftliche Situation der VAR«
- »Die Aufgaben der Araber im Ausland, in den sozialistischen Ländern«.

Die Vorträge hatten eine antikommunistische Tendenz. An die Studenten wurde die Aufforderung gerichtet, die sozialistischen Länder zu verlassen und in Westdeutschland bzw. in andern kapitalistischen Ländern ihr Studium fortzusetzen. So soll eine größere Zahl von arabischen Studenten, die bisher besonders in Ungarn, in der Volksrepublik China und in der Sowjetunion studierten, dieser Aufforderung bereits Folge geleistet haben.¹

Während der Konferenz mussten die Studenten, die in sozialistischen Ländern studieren, über ihre Lebensbedingungen berichten.

Von den arabischen Studenten, die in der DDR studieren, wurden folgende Behauptungen aufgestellt:

Die materiellen Lebensbedingungen seien schlecht, sie bekämen zu wenig Geld und die Unterbringung sei auch schlecht. Es bestehe ein ideologischer Druck und Angst vor Verhaftungen.

Die arabischen Studenten in der DDR müssten es als ihre Hauptaufgabe betrachten, »die deutsche Bevölkerung von der kommunistischen Diktatur zu befreien«.

Ein arabischer Aspirant aus Dresden erklärte: »Ich bekommen 470 DM. Das ist zu wenig, damit ist der Lebensunterhalt nicht zu bezahlen.« Für ein Mittagessen müsse er 10,00 bis 15,00 DM bezahlen.

Ein anderer arabischer Student aus Leipzig äußerte einem Studenten gegenüber: »Ich bekomme das Stipendium nicht von der Regierung der DDR, sondern vom deutschen Volk. Deshalb muss ich alles tun, und ich werde es auch tun, um mitzuhelfen, dass das deutsche Volk von der kommunistischen Diktatur befreit wird.«

Auf der sogenannten Kulturkonferenz in Kairo trat lediglich ein Student gegen die Verleumdungen und Entstellungen auf. (Die Mitglieder der Kommunistischen Partei und diejenigen arabischen Studenten, die mit dem sozialistischen Lager sympathisieren, nahmen nicht an der Konferenz teil bzw. hatten auch keine Einladung nach Kairo erhalten.)²

Weiter wurde bekannt, dass in Auswirkung der Konferenz in Kairo angeblich zwei arabische Studenten bzw. Aspiranten der Karl-Marx-Universität in Leipzig ihr Studium in Westdeutschland aufgenommen haben.³

Außerdem soll die Tendenz bestehen, dass arabische Studenten und darüber hinaus auch andere Ausländer die Internate der Karl-Marx-Universität verlassen, um in Leipzig Privatquartiere zu beziehen.⁴ Die Betreuung der ausländischen Studenten durch die FDJ und durch die Parteiorganisation in einzelnen Instituten mangelhaft sein.⁵

Auch die Haltung des Staatssekretariats für Hochschulwesen gegenüber den Privatstudenten aus der VAR wird kritisiert, wenn z. B. diese Privatstudenten die festgelegten finanziellen Studienbeträge nicht zahlten, würde vom Staatssekretariat für Hochschulwesen nichts unternommen, sondern sie erhielten weiterhin ihr Stipendium. Das hat zur Folge, dass einige Studenten bewusst kein Studiengeld bezahlen.⁶

1

Satz ohne handschriftliche Nachtragungen: »Angeblich soll eine größere Zahl von Studenten, besonders aus Ungarn, der Volksrepublik China und der Sowjetunion dieser Aufforderung bereits Folge geleistet haben.«

2

Satz vor der handschriftlichen Korrektur: »Die sieht die Ursachen darin, dass die Mitglieder der Kommunistischen Partei und diejenigen arabischen Studenten, die mit dem sozialistischen Lager sympathisieren, nicht an der Konferenz teilnahmen bzw. auch keine Einladung nach Kairo erhalten hatten.«

3

Absatz handschriftlich durchgestrichen.

4

Hinter dem Satz handschriftlich nachgetragen: »(Diese letztere Meldung konnte jedoch noch nicht bestätigt werden.)«

5

Absatz vor der handschriftlichen Korrektur: »Dem Bericht der Quelle zufolge soll die Tendenz bestehen, dass arabische Studenten und darüber hinaus auch andere Ausländer die Internate der Karl-Marx-Universität verlassen, um in Leipzig Privatquartiere zu beziehen. Die Quelle ist der Ansicht, dass die Betreuung der ausländischen Studenten durch die FDJ und durch die Parteiorganisation in einzelnen Instituten mangelhaft ist.«

6

Absatz vor der handschriftlichen Korrektur: »Ein Student kritisierte die Haltung des Staatssekretariats für Hochschulwesen gegenüber den Privatstudenten aus der VAR. Wenn diese Privatstudenten die festgelegten finanziellen Studienbeträge nicht zahlten, würde vom Staatssekretariat für Hochschulwesen nichts unternommen. Die Privatstudenten würden weiterhin ihr Stipendium erhalten. (folgende Passage handschriftlich gestrichen) Nach Ansicht des Studenten zahlen einige Privatstudenten bewusst kein Studiengeld und es entstehen dadurch keine Nachteile für sie. Die Mitteilung erhielten wir von der BV Leipzig, Abt. XV.«